

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 30 – Maßnahmen zur Altersfeststellung bei minderjährigen Ausländern

Dazu sagt die Fraktionsvorsitzende der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Eka von Kalben:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 074.18 / 23.02.2018

Wir vertrauen auf die Arbeit der Ämter vor Ort

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir brauchen keine neuen rechtlichen Regelungen zum Umgang mit der Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländer*innen. Wir vertrauen auf die Arbeit der Ämter vor Ort, die sehr genau wissen, wie sie die Regeln anwenden müssen und welche Maßnahmen wann getroffen werden müssen.

Dass das im Einzelfall schwierig ist, ist keine Frage. Dass dabei Fehleinschätzungen passieren ist auch keine Frage. Und wir sind uns in der Koalition zum Glück auch einig darüber, dass junge Menschen, die ohne Familie in einem fremden Land leben, besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung brauchen.

Junge Menschen, die die Sprache nicht kennen. Junge Menschen, mit teilweise traumatischen Erlebnissen. Junge Menschen, die sich in diesem Land nicht immer willkommen fühlen. Junge Menschen, die keine sichere Zukunftsperspektive haben. Junge Menschen, deren Träume geplatzt sind. Diese Menschen brauchen unsere Unterstützung, auch wenn sie älter als 18 sind.

Ich bin froh, dass wir den Antrag der AfD hier und heute gemeinsam ablehnen. Mit diesem Antrag lässt sich die Strategie der AfD auf das Anschaulichste nachvollziehen. Was ist geschehen? Mehrere schreckliche Morde wurden verübt. Freiburg und Kandel haben bundesweit Entsetzen ausgelöst. Junge Menschen sind gestorben. Für die Familien, Angehörigen und Freundeskreise ein unerträgliches Ereignis.

Im Fall von Kandel hat die Staatsanwaltschaft angekündigt, wie es in Strafverfahren üblich ist, das Alter per Gutachten ermitteln zu lassen. Der Rechtsstaat wendet also seine üblichen Mittel an. Wird der Täter in dem Gutachten als über 21 zum Tatzeitpunkt identifiziert, wird er nach Erwachsenenstrafrecht verurteilt, ansonsten nach Ju-

gendstrafrecht.

Für die AfD ist dieser traurige Fall nicht Anlass, Verbesserungen im Strafverfahren zu fordern oder sich für Kriminalitätsprävention einzusetzen. Nein, aus der Erschütterung und dem Entsetzen über den Mord einer jungen Frau soll Nutzen gezogen werden für die AfD-Programmatik, insgesamt härter gegen alle Geflüchteten vorzugehen. Sie setzen der Geschichte sogar noch eins drauf: Wer sich darauf nicht einlasse, gefährde Deutschland und seine Frauen und trage die Verantwortung für die Morde.

Getreu dem Strategiepapier der AfD - ich zitiere mit Genehmigung des Präsidiums: „vor sorgfältig geplanten Provokationen“ dürfe die AfD „nicht zurückschrecken“. Deutsche Frauen sind die Opfer, muslimische Männer sind die Täter. Und diese Männer sind auch noch viel älter als sie angeben. Wie einfach wollen Sie sich die Welt noch machen?

Ein Großteil der Gewalt- und Tötungsdelikte in Deutschland an Frauen werden im direkten Beziehungsumfeld verübt. Sie und ihre AfD-nahen Bündnisse, die nun diese Pseudofrauenmärsche überall anmelden, demonstrieren nur dann für Frauenrechte, wenn es in ihre rassistische Agenda passt.

Insbesondere Frau von Say-Wittgenstein scheint viel Zeit für Demonstrationen in Kandel übrig zu haben, wie ihr Facebook-Profil ankündigt. An der Demo am 28.01. in Kandel, zu der auch die NPD aufgerufen hatte, so dass schließlich sogar der rheinland-pfälzische AfD-Abgeordnete Uwe Junge sich gezwungen sah, eine Teilnahme der AfD abzusagen, nahm Frau Sayn-Wittgenstein ebenfalls teil.

Dabei spricht die AfD selbst Frauen das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben und Lieben ab und verharrt in Geschlechterrollen der 1950er Jahre, nach denen der Platz von Frauen auf die Küche beschränkt sein sollte. Feminismus setzt sich für Schwächere und Unterdrückte ein. Feminismus ist antirassistisch. Ihre Frauenmärsche, Ihre Aufrufe und Postings in sozialen Medien hingegen schüren Hass und Hetze.

Die rheinland-pfälzische Integrationsministerin Anne Spiegel, die die bestehende Rechtslage zur Altersfeststellung als ausreichend verteidigt, steht mittlerweile mitsamt ihrer Familie und drei kleinen Kindern unter besonderem Polizeischutz.

Wäre die Tat nicht passiert, wenn es eine zwangsweise Altersfeststellung gegeben hätte? Nein. Mitnichten. Das Gutachten aus dem Strafprozess bescheinigt mittlerweile, dem mutmaßlichen Täter noch unter das Jugendstrafrecht zu fallen. Damit unterfiel er auch dem besonderen Abschiebungsschutz. Darüber hinaus finden Abschiebungen nach Afghanistan nur im besonderen Einzelfall statt. Daran hätte eine zwangsweise Altersfeststellung ebenfalls nichts geändert.

Sie schreiben in Ihrem Antrag, sie wollen Haushaltsmittel sparsam und gerecht einsetzen. Und meinen: Sie wollen weniger Haushaltsmittel für Geflüchtete ausgeben. Wir meinen: Migration findet statt, ob sie es wollen oder nicht.

Und ja, die Betreuung von Minderjährigen ist teuer und bindet viel Personal, aber ich bin mir sicher: Jeder Euro in Integration zahlt sich für Deutschland doppelt und dreifach aus. Sie fordern stattdessen für jeden Geflüchteten ein kostenaufwändiges Verfahren, dessen Wirkung völlig unklar ist. Morde verhindert es auf jeden Fall nicht. Vielen Dank.
